

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

29.6.1925 (No. 147)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Zeitung Nr. 14
Verleger:
Nr. 958
und 954
Verlagsanstalt
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. M e n z.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,60 Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebenteil Breite Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassentabell gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Lagererhebung, zwangsweiser Verbreitung und Kontroversen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verfehlt, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandbuchsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Das Portugiesische Konsulat in Karlsruhe

Herr Louis A. Stern in Karlsruhe ist zum portugiesischen Konsul in Karlsruhe ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, ist er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in seinem Amtsbereich, der die Landeskommissariatsbezirke Karlsruhe, Freiburg und Konstanz umfasst, zugelassen worden.

Verwendung von Handarbeitslehrerinnen im staatlichen Schuldienst

Diejenigen Handarbeitslehrerinnen, die auf Verwendung im staatlichen Dienst rechnen, werden ersucht, über ihre private Stellung unter Angabe der Anschrift und der Kündigungsfrist dem Ministerium des Kultus und Unterrichtes fortlaufend Anzeige zu erstatten.

Die Lage des Arbeitsmarktes

Der badische Arbeitsmarkt zeigte in der Berichtswochen eine kleine Verschlechterung gegenüber der Vorwoche. Bei fast gleichgebliebener Arbeitslosenziffer ging die Zahl der offenen Stellen (von 6960 auf 5966) zurück, so daß am 24. Juni auf 100 offene Stellen 406 Arbeitsuchende entfielen, während sich die entsprechende Ziffer vom 17. Juni auf rund 351 belief. Die Erwerbslosenziffer ist im ganzen etwas zurückgegangen, sie betrug am 24. 6. 10 830 gegenüber 10 527 vom 17. 6.

Auf dem landwirtschaftlichen Arbeitsmarkt wie auch auf dem der Industrie der Steine und Erden (insbesondere Granitsteinbauerei und keramische Industrie des Kinstgates) ist die Kräftefrage unvermindert stark geblieben.

Auch die Maschinenindustrie zeigte sich, vornehmlich in den Bezirken Mannheim und Konstanz, wie in der Vorwoche aufnahmefähig. In Karlsruhe stellte die Maschinenindustrie gute Maschinenarbeiter, vereinzelt auch Schlosser ein. Das metallverarbeitende Handwerk zeigte Bedarf an Schmiedern, Mechanikern und Elektromontagern. Die Kurzarbeit in der Schmiedewarenindustrie hat angehalten.

In der chemischen Industrie Oberbadens konnte eine Anzahl Arbeitsuchender aus der Gruppe der Lohnarbeiter zwischenörtlich vermittelt werden, die Unterbadische chemische Industrie zeigte Nachfrage nach jüngeren weiblichen Kräften.

Die Spinnstoffindustrie Vorrachs und der Seegegend war aufnahmefähig. Jüngere Mädchen für Spinnereien und Webereien wurden in größerer Anzahl gesucht.

Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe konnte der Bedarf an selbständigen Konditoren einstweilen durch den zwischenörtlichen Verkehr gedeckt werden, Bierbrauer blieben immer noch gesucht, in der Tabakindustrie schwankte die Lage etwas, im allgemeinen ist sie schlecht geblieben.

In der Bekleidungsindustrie ist ein Rückgang in der Nachfrage nach Schneidern bei einer schwachen Zunahme des Bedarfs an Schuhmachern zu beobachten.

Der Streik im Daugeverbe hat noch andauert. Im Fremdenverbe hat sich der Mangel an jungen Kellnern verstärkt.

Eine deutsche Studienkommission in Mexiko. Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus Mexiko, empfing Präsident Calles die deutsche wissenschaftliche Mission, welche unter den Auspizien der mexikanischen Regierung Mexiko bereist. In seiner Begrüßungsrede erklärte Calles, das mexikanische und das deutsche Volk seien Brüdervölker, weil beide unter imperialistischen Mächten zu leiden hätten. Die junge mexikanische Nation kämpfe für ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit gegen die Imperialisten. Die deutsche Kolonie in Mexiko werde nicht als fremdländische betrachtet, da sie ohne Vorbehalte zu suchen die Leiden der Mexikaner geteilt habe. Der Präsident versprach jeglichen Schutz der deutschen Interessen in Mexiko, wies jedoch gleichzeitig darauf hin, daß Mexiko keinerlei Vorrechte gewähre.

Die amerikanische Anleihe der Stadt Berlin. Wie dem „New York Herald“ aus Washington berichtet wird, machte sich in Amerika eine starke Opposition gegen die der Stadt Berlin zu gewährende 15 Millionen-Dollaranleihe bemerkbar. Der amerikanische Rechtsanwalt Mac Cowan habe einen scharf gehaltenen Brief an den Generalkonsul von Ottinger gerichtet, in dem er ihn aufforderte, gegen diese Anleihe einzuschreiten. Wenn Berlin sie erhalten wolle, müße es vorher verschiedene Vorkehrungen für ihre Sicherung und auch eine Regelung seiner früheren Schulden treffen.

Regimentstag der badischen Leibgrenadiere

Der 109er Tag hatte der in reichem Flagen- und Silberrandschmuck prächtigen Landeshauptstadt einen feierlichen gesunden Massenbesuch von mindestens 15 000 Teilnehmern gebracht. Das imposante verlaufene Fest war frei von jedem politischen Einschlag. Bereits am Samstag führten Extragänge die Grenadiere aus dem ganzen Lande, darunter auch einige ergrante Veteranen von 1870 nach Karlsruhe, wo ihnen am Bahnhof ein herzlicher Empfang bereitet wurde.

Auf dem Ehrenfriedhof waren im Laufe des Samstag durch verschiedene Abordnungen Kränze niedergelegt worden. Am Abend fand unter ungeheurem Andrang des Publikums auf dem Schloßplatz großer Zapfenfest, ausgeführt von 2 Reichswehrtapellen. Darnach versammelten sich die Angehörigen des aktiven Regiments und der Tochterformationen in den verschiedenen Sälen der Stadt, um bei Musikflängen und Neden in stolzer Erinnerung an die Ruhmestaten der 109er das Wiedersehen und den Geist der in Not und Tod gestählten Kameradschaft zu feiern.

Am Sonntag wurde in den dichtgedrängten beiden Hauptkirchen der Stadt Festgottesdienst abgehalten. Am Mittag erfolgte unter Musikflängen in mustergültiger Ordnung der Anmarsch der Regimenter zum Platz vor dem Hauptpostgebäude, wo sie sich um das weithin sichtbare und mit dem Gieß getränkte Denkmal gruppierten. Ueberall waren die Grenadiere Gegenstand lebhafter Ovationen. Vor einer gewaltigen Zuschauermenge vollzog sich die Denkmalsweihe; auf dem Balkon der Oberpostdirektion wohnten u. a. der Staatspräsident Dr. F e l l p a t h, die Minister Dr. K ö h l e r und Dr. T r u n k sowie Landtagsabgeordneter Dr. B a n n g a r t n e r, der um 12 1/2 Uhr beglückwünschte. Der Vorsitzende der Kameradschaft der Leibgrenadiere, Architekt D e r i e l, richtete an die Versammelten herzliche Begrüßungsworte. Er dankte allen, die das Denkmal vollenden halfen, namentlich der Landesregierung, der Stadtverwaltung, der Oberpostdirektion und nicht zuletzt dem General B r a u n, der Ehrenvorsitzender des Denkmalausschusses war, aber diesen Tag leider nicht mehr erleben durfte. Darauf ergriß der letzte Kommandeur des aktiven Regiments Generalmajor Freiherr v. F e r i n e r das Wort zur Weisrede. Er gedachte der 198 Offiziere und 6719 Unteroffiziere und Grenadiere, die im letzten Kriege ihr Leben für das Vaterland dahingaben. Er mahnte zur Einigkeit und zum Zusammenfinden aller Volksschichten. Der Redner erinnerte an die Zeugnisse soldatischer Pflichttreue und todesverachtender Tapferkeit, wie sie das aktive Regiment und nicht minder die Tochterformationen bewiesen haben, wobei er hervorhob, daß das deutsche Heer auf allen Kriegsschauplätzen unbesiegt geblieben ist. Der bis zuletzt bewachte Geist fordere den Dank gegen die teuren Gefallenen, die Achtung vor uns selbst und die Verantwortung für unseres Volkes Zukunft.

Bei der Enthüllung des Denkmals senkten sich die Fahnen der Militär- und Waffengereine und aus vielen tausend Männerkehlen hallte das Deutschlandlied über den Platz. Oberbürgermeister Dr. F i n t e r übernahm sodann das Denkmal in die Obhut der Stadt und mahnte eingedenk der Toten zur Opferfreudigkeit und Pflichtenfüllung gegenüber der Volksgemeinschaft. Während der Rede des Oberbürgermeisters klang ein Flugzeug der badischen Luftverkehrs-gesellschaft über dem Denkmal und warf unter dem ungeheuren Jubel der Menge ein Blumengebinde am Denkmal ab. Dort waren bereits Kränze der Regierung, der Stadtverwaltung sowie verschiedener Regimentsvereine niedergelegt worden. General v. F e i l, Adjutant des früheren Großherzogs legte im Namen der Königin von Schweden einen Lorbeerkranz nieder. Die Feier schloß, während die Anwesenden das Haupt entblöhten, mit der Intonierung des niederländischen Dankgebetes und einem Hoch auf das Vaterland, ausgebracht vom letzten Kommandeur des Reserve-Regiments 109 Freiherr von R o t b e r g. Die Feier verlief ohne jegliche Störung.

Am Nachmittag fand auf dem Schloßplatz ein Blachonzert und am Abend ein von der Stadt veranstaltetes Feuerwerk im Stadtpark statt.

Die gefaltete Veranstaltung, die sehr gut organisiert war, nahm einen durchaus würdigen und ruhigen Verlauf. Die Ausschmückung der Straßen, besonders der Kaiserstraße und hier wieder die Umgebung des Denkmals, war selten so reich gewesen, der Willkommgruß, den die Bevölkerung den 109ern durch nicht endenwollendes Lächelndes und Blumenwürde entbot, von größter Herzlichkeit. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Veteranen des Regiments und den Kriegsverletzten gewidmet, die in geschmückten Wagen und

Autos zum Denkmalsplatz fuhren. So war der 109er-Tag mit der Denkmalsweihe ein wirklicher Volkstag, ein Gemeinschaftstag, gewidmet dem ehrenden Andenken jener, die mitgekämpft und mitgelitten, die gegnerischen Truppen vom badischen Heimatboden fernzuhalten.

Anlässlich der gestrigen Enthüllung des Denkmals des Bad. Leibgrenadierregiments Nr. 109 ist von dem Regimentschef, dem früheren Großherzog Friedrich, der in diesen Tagen seine 50jährige Zugehörigkeit zu diesem Regiment begehen kann, beim Vorsitzenden der Kameradschaft Badischer Leibgrenadiere, Architekt D r i e l, ein Schreiben eingelaufen, das herzlich den Gruß entbietet, der Gefallenen gedenkt und den Wunsch ausdrückt, daß auch die nachfolgenden Geschlechter durch das Denkmal zu gleicher Vaterlands- und selbstloser Pflichttreue angeeifert werden möchten.

Die Kameradschaft hat an den früheren Großherzog ein Danktelegramm gerichtet. Auch an den Reichspräsidenten wurde ein Telegramm gesandt.

Reichskanzler Luther auf der Jahrtausendfeier in Mainz

Zur Jahrtausendfeier der Stadt Mainz überbrachte Reichskanzler Dr. Luther die Grüße des Reichspräsidenten und der Reichsregierung und führte dabei u. a. aus:

Das so vielfach mißbrauchte Wort Mainzlinie sei immer im Zusammenhang mit etwas Trennendem gebraucht worden. Weiber der Main nach der Rhein könne jedoch je eine Trennungslinie sein, sondern beide Flüsse seien vielmehr eine uralt deutsche Kultur- und Wirtschaftstraße. Die Main-Rhein-Strecke stellte die kulturelle Mittellinie Deutschlands dar. Der große zwischen Nord- und Süddeutschland liegende Bergriegel werde gerade an dem Punkte überwunden, wo Mainz liegt. Von dort aus erstrecken sich die beiden großen Arme, die Oberdeutschland umschlingen. Weil Mainz eine so ausgezeichnete Lage habe, sei es auch immer wieder im weltgeschichtlichen Geschehen umkämpft worden. Für jeden der sich hierher setzen wollte, würde es nur eine Siedung des naturgegebenen Zusammenhanges darstellen. Noch immer in der Weltgeschichte war das Positive stärker als das Negative. Das Jahrtausendfest sei gestimmt auf die feinsten Töne der Kunst. In dem Festsaal sei feoeben das künstlerische Werden von Mainz dargestellt worden; aber größer noch und mit noch gewaltigeren Tönen klangen die politischen Grundzüge unseres Lebens.

Wenn wir uns heute zu Volk und Vaterland bekennen, so sei das immer der gedämpfte Aufschrei eines Volkes in Not, und dies ganz besonders da, wo für unser ganzes deutsches Vaterland die Lasten der Befahrung unmittelbar getragen werden. Das ganze deutsche Volk sei tief durchdrungen vom Gefühl der Schicksalsgemeinschaft mit dem Lande am Rhein. Die Regierung werde alles tun, was in ihrer Kraft liege, um das Los des Rheinlandes und Mainz. Alle Versuche, die an die Rheinbesen heranzutreten seien, den deutschen Geist zu verschwehen, seien gescheitert an dem entschlossenen Willen der gesamten Volksgenossen.

Die mit außerordentlicher Lebhaftigkeit und Lebendigkeit vorgetragenen Ausführungen des Reichskanzlers ernteten höchsten Beifall.

Zur Erwiderung auf diese Ausführungen betonte der hessische Staatspräsident, das Erscheinen des Reichskanzlers auf dem Boden des hessischen Heimatlandes beweise, daß in Berlin überall die Entschlossenheit vorhanden sei, die Interessen des besetzten Gebietes wahrzunehmen. Die Hilfe des Reiches sei die stärkste Hoffnung des unter den Folgen des verlorenen Krieges am meisten leidenden Rheinbesen. Der starke Arm des Reiches schütze Rheinbesen und Mainz. Alle Versuche, die an die Rheinbesen heranzutreten seien, den deutschen Geist zu verschwehen, seien gescheitert an dem entschlossenen Willen der gesamten Volksgenossen.

Bei dem Festmahl anlässlich der Jahrtausendfeier überbrachte der Vorsitzende des Buchdruckvereins Zickfeldt die einmalige Spende des genannten Vereins von 3 000 Mark für das Gutenbergmuseum und sicherte weitere jährliche Zuwendungen zu. Weiter überreichte Dr. Stempel-Frankfurt im Auftrage des amerikanischen Zeitungsbesizers Bartlett einen Scheck von 5000 Dollar für das Gutenbergmuseum in Mainz.

Der anlässlich der Jahrtausendfeier eröffnete Kunstausstellung der Stadt Mainz liegt die Idee zugrunde, im Rahmen der Jahrtausendfeier der Rheinlande die uralten Beziehungen zu betonen, die zwischen den Ländern am Rhein und dem übrigen Deutschland bestehen.

Auf der Konferenz der Internationalen Kriegsbeschädigtenorganisationen in Köln sind vertreten außer den Organisationen Belgiens, Frankreichs, Österreichs und der Tschechoslowakei, die drei Kriegsbeschädigtenorganisationen Deutschlands nämlich der Reichsverband deutscher Kriegsbeschädigten, der Bund der Schwervertriebsbeschädigten und der Internationale Bund, Sektion Deutschland. Das Internationale Arbeitsamt in Genf hatte einen Vertreter entsandt, der über den Stand der internationalen Versorgung der Kriegsoffer berichtete. Außerdem sind Vertreter des Reichstages und des Preussischen Landtages anwesend. Die Note Gewerkschaftsinternationale, sowie die Internationale Arbeiterhilfe sind durch Delegierte vertreten. Die Tagung, die mehrere Tage dauern wird, setzt sich zum Ziel, die enge Zusammenschließung aller Kriegsofferorganisationen herbeizuführen.

Mit der Beilage: 35. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Deutscher Reichstag

27. Juni.

Eröffnung der Sitzung 1 Uhr. Das Haus genehmigt zunächst ohne Debatte den Gesetzentwurf über den Schutz des zur Anfertigung von Schulbuchschriften des Reichs und der Länder verwendeten Papierses gegen unbefugte Nachahmung in allen drei Lesungen und wendet sich dann der

Beratung des Haushalts des Reichsfinanzministeriums

Abg. Egerstedt (S.) weist darauf hin, daß der Gedanke Ertragssteuern, die Vereinfachung der Steuern durch das Reich vorzunehmen zu lassen, nachdem er viel befehdet wurde, nun vom Finanzminister Schlieben übernommen worden sei. Wenn es sich um soziale und kulturelle Dinge handle, dann habe der Reichsfinanzminister immer Bedenken. Wenn man von den Beamten treue Erfüllung ihrer Pflichten verlange, so müsse man auch dafür sorgen, daß sie keine materiellen Sorgen haben. Die Steuerreform leide gerade auch unter den kapitalkräftigsten Kreisen. Man brauche nur daran zu erinnern, daß, als Stinnes starb, seine Familie nicht einen Pfennig Erbschaftsteuer bezahlte. Der Redner wendet sich dann gegen angebliche Mißstände in der Branntweinmonopolverwaltung. Dort werde unproduktiv gearbeitet. Die amtliche Zahlen ließen einen erfreulichen Rückgang des Alkoholkonsums erkennen. Leider entspreche das aber nicht den Tatsachen, denn es werde tatsächlich mehr Alkohol als vor dem Kriege verbraucht. Der Mehrbedarf werde unter Umgehung der gesetzlichen Vorschriften eingeschmuggelt. Er sei so groß, daß eine Verknappung am Inlandmarkt eingetreten sei. In Mitteldeutschland seien Zuckerrüben dazu übergegangen, Geheimbrennereien einzurichten, um den von ihnen produzierten Zucker gleich der Branntweinherstellung zuzuführen, natürlich unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen. Der Redner begründet dann einen sozialdemokratischen Antrag, der eine Änderung des Branntweinmonopolgesetzes wünscht, dahingehend, daß der Monopolverwaltung ein rein kaufmännisches Arbeiten ermöglicht werde. Weiter wird die Regierung ersucht, auf die Benzin- und Benzolverbrauchenden Behörden einzudringen, daß im Einvernehmen mit der Monopolverwaltung Versuche angestellt werden, anstelle dieses Produktes Spiritus zu verwenden.

Abg. Dr. Oberhören (D.) erklärt namens seiner Fraktion, daß sie die Staatsregierung und vorsichtige Finanzpolitik des gegenwärtigen Finanzministers vollkommen billige und dem Minister ihr Vertrauen ausspreche. Es sei zu bestreiten, daß unter den gegenwärtigen Umständen die Lohnsteuer- und sonstige Steuerpolitik des Reichsfinanzministeriums unsozial sei. Es sei zuzugeben, daß der Personalbestand des Reichsfinanzministeriums mit über 1000 Mitarbeitern heute nominell größer sei als der der gesamten Reichsministerien vor dem Kriege. Dem Finanzministerium seien ja auch das ehemalige Schatz- und Wiederaufbauminiesterium angegliedert worden.

Abg. Dr. Bremer (D.) durch die Reichssteuer wird eine neue Klammer um die einzelnen Reichsteile gelegt und es ist daher zu begrüßen, daß der Finanzminister auch Sympathien für diesen Gedanken hat. Der Redner glaubt, daß das Verhältnis zwischen Steuerbeamten und Publikum heute infolge der klugen Haltung des Personals konsolidiert sei. Hervorzuheben sei das günstige Verhältnis der Kosten der Finanzverwaltung zu ihren Erträgen. Die Abgabenverwaltung sei verhältnismäßig sehr billig. Der Redner glaubt nicht, daß die Schwarzbrennerei heute unter der Monopolverwaltung größer geworden ist, als sie es immer war.

Abg. Dr. Schreiber (S.) wünscht Aufklärung der noch vorhandenen organisatorischen Unklarheiten beim Reichsfinanzministerium, die namentlich noch über die angegliederten Abteilungen des ehemaligen Aufbauminiesteriums und Schatzministeriums bestanden. Mit dem Standpunkt der einheitlichen Reichsfinanzverwaltung habe der Minister absolut recht. Nur müsse eine Geschlossenheit der Verwaltung angestrebt werden. Mit größter Genugung müsse festgestellt werden, daß die im Lande erhobenen Vorwürfe, daß die Verwaltung des Finanzministeriums zu teuer sei, unbegründet seien. Erfreulicherweise betrage der Betriebskoeffizient nur 6 bis 8 Prozent. Hervorzuheben sei, daß der Finanzminister heute der mächtigste Mann in Deutschland sei, weil alle anderen Ministerien in ihren Aufgaben von seiner Zustimmung abhängig seien. Der Finanzminister habe daher eine Pflicht in die Öffentlichkeit nicht nötig, die er gegen seine Staatsüberlastung unternommen habe. Der Finanzminister könne regieren, wenn er regieren wolle (Beifall im Zentrum). Die Finanzverwaltung des Reichs könne nicht in kleinliche Aufschickstättigkeit bei den Ländern ausarten, weil dadurch der Unitarismus des Reichs sehr gefährdet werde (Beifall im Zentrum).

Da sich ziemlich wenig Abgeordnete im Saal befinden, beantragt Abg. Stöcker (Komm.) die Vertagung des Hauses.

Abg. Hüllein (K.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Arbeit als religiöses Problem

Auf dem kürzlich abgehaltenen evangelisch-sozialen Kongress in Halle i. S. sprach, wie schon kurz gemeldet, Staatspräsident Prof. Dr. Hellpach über „Die weltlichen Wirkungen der Mechanisierung und Rationalisierung der Industriearbeit“. Dem Bericht der „N. Bad. Landesztg.“ entnehmen wir über den Vortrag folgendes:

Mit dem Paradoxon anhebend, daß das Christentum durch die paulinische Territorialisierung zu einer Auseinanderetzung mit den Lebensnotwendigkeiten gezwungen worden sei, zieht Hellpach die Linie zunächst bis zu der von Max Weber durchgeführten Ethik des calvinistischen Puritanismus, für die der durch Arbeit erworbene Reichtum der Weg für bürgerliche Honorabilität ist und die als die unbetrübte Grundgesinnung der anglo-amerikanischen Welt den Arbeitsreformgedanken der Taylor und Ford innewohnt. Auf dem Boden dieser Anschauungen ist für die Problematik der Verhältnisse von Arbeit und Menschenwürde, wie sie uns Europäer quält, keine Stätte.

Hier scheiden sich also zwei Welten, dort das Land der trotz mancher Einschränkungen noch immer gewaltigen Möglichkeiten, diesseits des Meeres der alte Erdteil mit den eingegrenzten individuellen Lebensspielräumen, mit einem Traditionsaktivismus, der Würde und Ehre, für die es noch ganz andere Gesichtspunkte als die der Arbeit und des Erfolgs gibt, und zwei beherrschende Kirchen, für die die Arbeit bisher eines untergeordneten Wertes angehörte und die hoffnungslos Prognosen nur den billigen Trost zu spenden wußten, daß ihr Los eben gottgewolltes Schicksal sei. Dem Glauben, daß für Europa eine nationale Arbeitsreform das Leiten werde, wozu Gesellschaft und Sozialreform nicht imstande seien, trat der Psychologe Hellpach nachdrücklich entgegen. In der Fehde gegen Fabrik und Maschinen als Entfremder der Arbeit schwingt die illusionäre Momantik mit, wie es überhaupt ein Fehler sei, mit dem Begriff der Arbeitsfreude zu operieren. Schon vor unserem Zeitalter sei vielfache Freude an der Berufsarbeit immer nur einigen wenig Begnadeten zugemessen gewesen und es wäre grotesk, den

Das Büro ist sich über die Beschlußfähigkeit nicht einig. Es findet hierüber Auszählung statt. Sie ergibt, daß von den 472 Reichstagsabgeordneten sich nur 207 im Saale befinden. Das Haus ist also nicht beschlußfähig. Präsident Lohé schließt daher um 3 1/2 Uhr die Sitzung. Nächste Sitzung Donnerstag, den 2. Juli, 2 1/2 Uhr nm. Etat des Finanzministeriums.

Im Steuerauschuß des Reichstags erklärte auf eine Anfrage Staatssekretär Dr. Popitz vom Reichsfinanzministerium, daß das Finanzministerium sich vom Kabinett habe Vollmacht geben lassen, die Regierungsvorlage über die Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer für den Fall zurückzuziehen, daß der Initiativantrag vom Plenum des Reichstags dem Ausschuß überwiesen sein wird. Darauf wandte sich der Ausschuß der Beratung der Zundersteuer zu. In der Abstimmung wurde der in der Regierungsvorlage enthaltene Steuerfuß angenommen. Danach beträgt die Abgabe für Stärkezucker 8,40 RM., von anderem Zucker 20 RM. von 100 Kg. Eigengewicht.

Zur dritten Steuernotverordnung

Der Reichstag nahm am 26. Juni das Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer der dritten Steuernotverordnung an. Der Reichsrat beschloß am 27. Juni, Einspruch nicht zu erheben. In diesem Gesetz wird der für das Aufheben der Aufwertungsbeschlüsse der dritten Steuernotverordnung auf den 30. Juni bestimmte Termin auf den 15. Juli verlegt. Zugleich werden daselbst die vorgezeichneten Fristen aufgehoben. Es wird ferner bestimmt, daß nach jenen Vorschriften die geschuldeten Zinsen nicht vor dem 1. August fällig sind und der Gläubiger die Annahme einer früheren Zahlung ablehnen kann. Hiernach laufen zurzeit keinerlei vom Gläubiger oder Schuldner zum Zwecke der Wahrnehmung ihrer Rechte auf Grund der Aufwertungsbeschlüsse der dritten Steuernotverordnung einzuhaltende Fristen.

Politische Neuigkeiten

Eine Rede Painlevés

Ministerpräsident Painlevé hat in Sens (Dep. Yonne) der Entfaltung eines Kriegedenkmals beigewohnt und hier eine Rede gehalten, in der er u. a. erklärte, die große Lehre des Krieges dürfe von denen, aus deren Schultern so schwere Verantwortung ruhe nicht bergessen werden. Es dürfe vor allem niemals ein Tropfen Blut unnötig vergossen werden. Wie immer sei Frankreich zur Verteidigung seiner Rechte entschlossen; aber es werde gemäßigt sein und seine Macht nur in den Dienst der Gerechtigkeit stellen. Wenn der Gerechtigkeit Genüge geschehen sei, sei Frankreich das erste Land, das dem Frieden zur Herrschaft verheißt. Wir — so erklärte Painlevé — existieren nur, weil wir die Erfüller eines derartigen Willens sind.

Übergriff französischer Gendarmen im Saargebiet

Einen schweren Übergriff ließen sich französische Gendarmen kürzlich in Saarbrücken zu schulden kommen. Der 28jährige Emil Samery, ein geborener Lothringer, war vor einem halben Jahre aus der französischen Armee desertiert und wurde jetzt bei seinen Eltern in Müdingen bei Saarbrücken ausfindig gemacht. Obwohl die französischen Gendarmen, wie überhaupt das französische Militär, nach dem Friedensvertrag im Saargebiet nicht die geringsten Rechte besitzen, wollten laut Volksstimme 12 bis 15 französische Gendarmen den Deserteur in der elterlichen Wohnung verhaften. Da der Vater das Haus verlassen hatte, verhafteten sie erst ihm mit Gewalt den Schlüssel zu nehmen und umstellten, als dies nicht gelang, das Haus, nachdem sie auch verjagt hatten, in das Haus einzudringen, was ihnen von der Ortspolizei verwehrt wurde. — Zwei Mitglieder des Landtags wurden daraufhin bei der Regierungskommission vorstellig, wobei sie darauf hinwiesen, daß das Saargebiet neutrales Völkerbundsgebiet sei und daß letztgenannten französischen Militärbehörden keinerlei Rechte zuständen. Es wurde ihnen mitgeteilt, daß die Regierungskommission der französischen Garnison das Recht gegeben habe, Deserteur im Saargebiet zu verhaften. — Dem Deserteur soll es inzwischen gelungen sein, durch die Postenfeste zu entweichen.

Politischer Mord. Nach einer Meldung des „Montag“ wurde in Rosenheim in der Nacht zum Sonntag der Nationalsozialist, ehemaliger Gendarmereikommandeur Mann von drei der radikal-kommunistischen Partei angehörenden jungen Burischen aus einem Lokal gelockt, überfallen und derart mißhandelt, daß er tot am Platze blieb. Einer der Täter wurde bereits festgenommen. Es dürfte sich um einen politischen Mord handeln, da nämlich vor 2 Jahren ein Kommunist von Angehörigen der Reichsverbände ermordet worden sein soll.

Neue Vorköße der Riffleute

Wie dem „Petit Parisien“ aus Pex gemeldet wird, haben die Riffleute am 27. Juni aufs Neue versucht, einen Vorstoß gegen die Posten Ghenab, Sorfota, Kefergur und Bob-Darond 30 Km. nördlich von Taza, zu unternehmen, während andere Streitkräfte heftige Abwehrkämpfe vor Beloua Kassi-Duergha und Doh-Meldam führten. Diese nordöstlich von Chouerkif gelegenen Punkte bedeuten die äußerste Grenze des gegenwärtigen Kampfes, der sich also ausgedehnt hat. Trotz der wiederholten Versuche hätten die Riffleute jedoch keine ernstlichen Fortschritte zu verzeichnen. Der Hauptvorstoß sei von den Foulbrandel ausgegangen worden, deren Verluste zwar sehr beträchtlich seien, deren Moral aber nicht gebrochen wurde. Die französischen Truppen ständen bereit, ein Eingreifen sei aber bis jetzt noch nicht nötig gewesen. In dem Duergha selbst zwischen Pex el Adali und Ain Nisha, vermehrten sich die Dandstrieche. Sie machten die Verbindungen, auch die durch Telephon, ziemlich schwierig.

Empfang für die deutsche Presse. In der Presseabteilung der Reichsregierung fand Freitag abend wie aus Berlin gemeldet wird, ein Empfang für die deutsche Presse statt, zu dem maßgebende Pressevertreter aus Berlin und dem Reich geladen waren. Der Reichspräsident, der zum Empfang erschienen war, ließ sich die Anwesenden vorstellen und unterhielt sich im Laufe des Abends mit einer großen Zahl der Gäste, unter anderen mit Dr. Cäener. Es waren ferner erschienen Reichsanwalt Dr. Luther, Mitglied des Reichsstaatsrats, der Reichspräsident, der preussische Ministerpräsident, der Präsident des Obersten Rechnungshofes, die Staatssekretäre der Reichsministerien, die Generäle der Länder, zahlreiche führende Mitglieder des Reichstages, der Polizeipräsident von Berlin usw.

Vom Tragen der Offiziersuniform. Der Führer der vaterländischen Vereine in Erfurt Kapitän zur See a. D. Rablung hatte einen polizeilichen Strafbefehl über 50 Mark erhalten, weil er am 4. Februar in Uniform den Vorbeimarsch der Vereine abgenommen hatte, ohne zum Tragen der Uniform, um die erforderliche Genehmigung nachgesucht zu haben. Im Einpruchstermin machte Rablung geltend, daß bei früheren Kundgebungen diese Genehmigung allgemein erteilt worden sei. Das Tragen einer Uniform ist nach Verordnung vom 31. 8. 1921 ohne Genehmigung verboten. Rablung wurde vom Amtsgericht Erfurt freigesprochen mit der Begründung, daß es sich um ein durch Artikel 129 der Verfassung geschütztes, wohlverwobenes Recht handelte, das nicht nur die Berufssoldaten, sondern auch die Offiziere der alten Armee und Marine besitzen. Es könne vom Reichspräsidenten nicht aufgehoben werden, der dieses Recht als Grundrecht der Verfassung achten muß.

Kurze Nachrichten

Der deutsche Botschafter Graf Brockdorff-Rantzau ist nach längerem Aufenthalt in Deutschland in Moskau wieder eingetroffen.

Preussischer Staat und Krone. In dem Prozeß zwischen dem preussischen Staat und dem damals regierenden Königshaus über das zum sogenannten Hausbesitzkommis gehörende Rittergut Jhenrow bei Königswinterhausen hat das Landgericht Frankfurt an der Oder die Klage des preussischen Staates auf Feststellung seines Eigentumsrechtes an dem Gute abgewiesen und damit das Privatigentum des Königshauses anerkannt. Der preussische Finanzminister wird gegen das Urteil Berufung einlegen.

Die Umsatzsteuer für die freien Berufe. Die „Zeit“ erfährt, daß in diesen Tagen den Finanzämtern eine Verfügung ausgegangen sei, wonach die Angehörigen der freien Berufe (Rechtsanwälte, Ärzte, Schriftsteller usw.) mit Rückwirkung vom 1. Januar 1925 ab nicht mehr zur Umsatzsteuer herangezogen werden sollen, sofern die Bruttoeinnahmen 1500 M. im Vierteljahr nicht übersteigen.

Deutscher Mittelstandskredit aus Postgebern. Die Berliner Blätter melden, daß ein 10 Millionenkredit für den Mittelstand im besetzten Gebiet aus Postgebern gewährt werden solle. Der Kredit, der Angehörigen des Sanftwerks, der mittleren Industrie und des Einzelhandels zu Gute kommen soll, werde durch Vermittlung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse, der Genossenschaftsabteilung der Dresdener Bank und Girozentrale verteilt werden.

Einheitsgewerkschaft der Eisenbahner. Der „Vorwärts“ meldet aus Köln, die außerordentliche Generalversammlung der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten und Arbeiter beschloß sich mit der Verschmelzung der Deutschen Eisenbahnerverbände. Der durch die Satzungscommission bei den Organisationsvorarbeiten vorgelegte Entwurf für den Einheitsverband wurde nach eingehender Debatte angenommen.

fröhlich befehligen Hans Sachs aus dem zweiten Akt der Meisterfingerring als den typischen Vertreter des alten Handwerks anzusehen.

Nicht die angebliche Entleerung der Arbeit von Lust und Freude, die Auflösung der menschlichen Bestimmungen, die früher im Arbeitsprozeß waltete, ist nach Hellpach die Not und die Tragik unserer Zeit. War die Arbeit vor dem ein kleines Abbild der Lebensgemeinschaft, so ist sie allmählich zu einer unerbittlichen Funktion geworden. Es wäre nun aber töricht, den Selbstentwicklungsprozeß der Technik, wie sie der Vortrage mit hegemonisierender Wendung ausdrückt, aufzuhalten oder gar umkehren zu wollen. Nein: Das Problem ist ethischer Art. Mit dem unerbittlichen Realismus, der den ganzen Vortrag durchwirkt, spricht Hellpach aus, daß sich die schwere Gegenwart nicht weder mit altüberlieferten, noch mit thematischen Formeln meistern lasse und daß von der spezifischen, gewerkschaftlichen Gesinnung, die möglichst hohe Bezahlung für möglichst kurze Arbeit fordert, das Heil nicht zu erhoffen sei.

Wo liegt nun aber der wahre Rettungsweg? Obwohl von der Unerbittlichkeit einer auf den ewig gespeisten Welt- und Lebensdeuter im tiefsten Überzeugt, gesteht sich Hellpach ein, daß im gegenwärtigen Europa Millionen und Abermillionen einer jenseits getönten Arbeitsethik unzugänglich sind. Angesichts dieser Tatsache fordert er aus taktischer Einsicht heraus eine wirklichsnähere Zwischenlösung. Den Ausgangspunkt für diese erblickt er in jugendlichen Arbeitsvolk, in das durch zweifelhafte Pädagogikpädagogik — hier verweist der badische Staatspräsident auf Maßnahmen aus seinem eigenen Regierungsbereich — sehr wohl jene gütige, weil letztlich im Göttlichen wurzelnde Sinnendeutung des Lebens herangezogen werden könne.

Mit hoher Anerkennung würdigt Hellpach die sozialistische Vorbereitungsarbeit, die der Sozialismus geleistet habe, der schließlich freilich den Urgeist der materialistischen Lehre tragisch verwandelt sei. Das sozial-ethische Gebot der Stunde habe die katholische Kirche bereits in voller Klarheit erfährt und sie entfalte demgemäß eine Aktivität, die für die protestantische Schwester Vorbild und Ansporn sein müßte. (Leb-

hafte Zustimmung.) Abschließend führt Hellpach die Rede zu einem demütig-frommen Ausblick, ob das, was wir in hingebungsvoller Kleinarbeit auszubauen vermögen, sich dereinst zu einer neuen, großen, geistig-seelischen Totalität zusammenfügen wird. Wir wissen's nicht. „Seele, willst du dieses finden, — such bei keiner Kreatur!“

Professor Titius formulierte das Urteil der überwiegenden Versammlungsmehrheit über die Hellpach'schen Darlegungen dahin, daß es dem Kongress nach einem solchen Vortrag schwer fallen dürfte, seiner Übung, an bedeutende Referate gleichwertige Diskussionen anzuknüpfen, auch diesmal treu zu bleiben. Die Aussprache wurde programmgemäß von Arbeiterssekretär Springer-Stuttgart eröffnet, der es für unpassend erklärte, daß der eistalbe, feelenlose Fordismus in Deutschland sozial Anknäufel finde.

Die große Reihe der Diskussionsredner wird von einem jugendlichen Fabrikarbeiter aus dem Rheinland geschlossen, der mit herborragender Prägnanz der Gedanken und entsprechender Kultur des Ausdrucks das Verlangen nach einer neuen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung begründet.

Das fünfte Donaueschinger Kammermusikfest zur Förderung zeitgenössischer Konfunkt findet am Samstag und Sonntag, den 25. und 26. Juli statt. Zur Kraufführung gelangen: Max Butting, zwei vier- bis achttimmige Chöre, Alfred Casella, Konzert für Streichquartett, Paul Dessau, Konzert für Violine mit Flöte, Klarinette und Horn, Hanns Eisler, Lied für Klavier, Ernst Krenek, Concerto für Violine, Horn, Klarinette, Fagott, Trompete, Schlagwerk, Philipp Jarnach, Romanzo für Klavier, Heinrich Kaminski, Dumet für Klarinette, Horn, Bioline, Viola, Cello, Ernst Krenek, Die Jahreszeiten für Kammerchor, Marco Mercurio Konzert für Violine, Klarinette, Horn und Streichquartett, Felix Petrel, Madrigale für Frauenchor, Otto Siegel, Sonate für Violine und Klavier, Max Tscherepin, Konzert für Violine und Flöte mit kleinem Orchester, Wilhelm Weismann-Weipzig, Italien, Madrigale für gem. Chor. Anmeldung bei der Fürstl. Hofbibliothek, Donaueschingen.

Eröffnung des ersten deutschen Instituts für Frauenkunde. In Charlottenburg wurde das Erste deutsche Institut für Frauenkunde in Verbindung mit einer Frauenklinik und Entbindungsanstalt (Cäcilienhaus) eröffnet.

Ergebnis der Volkszählung in Berlin. Nach dem ersten vorläufigen Ergebnis der Volkszählung in Berlin sind insgesamt ermittelt worden in 1210 982 Haushaltungen 1 796 582 männliche und 2 106 206 weibliche, zusammen 3 902 788 ortswohnende Personen. Für 16 862 Haushaltungen liegen Angaben noch nicht vor. Vermutlich wird die ortswohnende Bevölkerung rund 3 950 000 Personen ausmachen.

Einigung im Holzgewerbe. Die Lohnverhandlungen, die seit mehreren Tagen im Reichsarbeitsministerium zwischen den Vertragsparteien des Holzgewerbes unter neutraler Leitung geführt worden sind, stehen unmittelbar vor ihrem Abschluß. Nach dem augenblicklichen Stand ist mit Bestimmtheit damit zu rechnen, daß anfangs nächster Woche die Arbeit im deutschen Holzgewerbe allgemein wieder aufgenommen wird und damit Streik und Ausperrung beendet sind.

Treibereien der sächsischen Kommunisten. Im Zusammenhang mit der Auffindung eines Waffenlagers bei einem in Pirna wohnenden Funktionär der KPD sind zwei weitere Festnahmen erfolgt. Auch haben in der Angelegenheit bei verschiedenen in der kommunistischen Bewegung besonders führenden Personen in Pirna Hausdurchsuchungen stattgefunden. Mit Genehmigung des Landtagspräsidenten wurde u. a. auch das Zimmer der Landtagsfraktion der KPD durchsucht.

Das neue griechische Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Krieg Kommandant, Marine und vormaliger Außerer Konteradmiral Panagoulas, Inneres Generalmajor Panagiotopoulos, Unterricht und Kultus Sabjiriatos, Abgeordneter von Saloniki, Finanzen Konfinas, Volkswirtschaft und vorläufig soziale Fürsorge Stamulis. Kabinett besteht in der Hauptsache aus Mitgliedern der Nationalversammlung.

Badischer Teil

Die deutschen Fischerei-Tagungen in Heidelberg

Anschließend an die Stuttgarter Veranstaltungen der Deutschen Landwirtevereinsgesellschaft hatten sich am Samstag, den 20. ds. Mts. die Vertreter der Deutschen Fischerei zu wichtigen Beratungen in Heidelberg zusammengefunden. Sie begannen mit einem Begründungsabend im Grand-Hotel Heidelberg Hof, der für die ganze Tagung zur Verfügung stand. Schon zum Begründungsabend hatten sich alle Vertreter Deutschlands zusammengefunden, erste Männer der Wissenschaft, Fischereiverwaltungsbeamte und zahlreiche Praktiker der Seemwirtschaft, Flußfischerei, Teichwirtschaft und Fischzucht, vereint um den Präsidenten des deutschen Fischereivereins Oberregierungsrat Dr. Raier, an dessen Seite auch die Vorsitzende des Badischen Landesfischereivereins, Ministerialdirektor Leers bemerkt wurde. Die Heidelberger Redarfischer hatten den „Sängerkreis“ Heidelberg zum Vortrag mehrerer Lieder gewonnen, die höchste Anerkennung fanden.

Die folgenden Tage waren ausgefüllt mit den Sitzungen der Sachausschüsse, des Seemwirtschaftlichen Ausschusses, Wissenschaftlichen Ausschusses, der Ausschüsse für Salmonidenzucht, für die stehenden Gewässer, Teichwirtschaft und Fischereiverwaltung. Der kamen auch wichtige die Badische Fischereiwirtschaft betreffende Fragen zur Besprechung. So referierte Prof. Dr. Auerbach im Vortragsabend über die von ihm fortgesetzten Vobensforschungs-Untersuchungen, ferner Dr. Buschfeld-Gengenbach über Mechanisierung, Typisierung und Normalisierung der Fischzucht, Reg. Rat Dr. Koch über die Frage der Lachsbrutausstellungen im Rheingebiet, die auch weiterhin unter Mitwirkung des Deutschen Fischereivereins fortgesetzt werden sollen. Die Beschlüsse der Sachausschüsse wurden am Mittwoch, den 24. im Deutschen Fischereitag eingehend besprochen, zu dem sich auch als Vertreter, des Bad. Ministerium des Inneren Ministerialrat Klein eingeschrieben hatte. In dieser fast 6 stündigen Sitzung wurde u. a. der Anschluß von weiteren 2 Sachausschüssen, eines Ausschusses für Berufsfischereifragen und eines solchen für die Sportfischerei beschlossen. Für hervorragende Dienste um die Deutsche Fischereiwirtschaft ernannte der Deutsche Fischereiverein zu seinem Ehrenmitglied Viktor Graf Helm-Katt in Redarbischofsheim, dem verdienstvollen 80 Jahre lang tätig gewesen 1. Vorsitzenden des Bad. Unterländer Fischereivereins. Die überne Medaille des Deutschen Fischereivereins erhielten Reg. Rat Dr. Koch-Karlsruhe, Reg. Rat Dr. Braun-Stuttgart und Ober-Oberleit., die bronzene Medaille der Vorsitzenden des Redarfischerverbandes Prof. Dr. Herte-Heidelberg und Fischzüchter Emil Meier-Selzenhof b. Freiburg.

Mit dem öffentlichen deutschen Fischereitag am Mittwoch nachmittag im Hörsaal des Zoologischen Instituts fanden die Veranstaltungen des deutschen Fischereivereins ihren Abschluß. Hier berichteten der Generalsekretär des deutschen Fischereivereins Dr. Müller und als Korreferent Dr. Schieming über die Tätigkeit des deutschen Fischereivereins im abgelaufenen Jahre; es folgten zwei Lichtbildervorträge von Reg. Rat Dr. Koch über „Badische Lachserei und Lachserei“ und von dem hiesigen Fischereidirektor Albrecht-Hamburg über die „Lachserei in isländischen Flüssen.“ Ein Festessen im Grand-Hotel beschloß die außerordentlich anregend verlaufenen Tagungen. Leider waren sie im übrigen durch sehr ungünstiges Wetter getrübt, so daß eine geplante gemeinsame Redarfahrt nicht zustande kommen konnte und die Teilnehmer auch nicht die Reize eines abendlichen Zusammenkommens auf dem Schloß kennen lernen konnten. — Die nächstjährige Tagung wird in Königsberg i. Ostpr. stattfinden.

Die badischen Strafanstaltsbeamten

trafen sich zu ihrer diesjährigen Jahresversammlung in Freiburg i. Br. Als Vertreter des badischen Justizministeriums nahm Regierungsrat Dr. Curtas, von den Beamten des Freiburger Landesgefängnisses Direktor Alblin und Anstaltsarzt Dr. Sieglitz an der Tagung teil.

Der 1. Vorsitzende, Dutenhofer-Mannheim, eröffnete die Versammlung und erteilte dem Leiter der sozialen Abteilung der Strafanstalten in Hamburg, Gehling das Wort zu einem Vortrag über „Der Aufsichtsbau in progressiven Strafanstalten.“ Seine Ausführungen sind dahin zusammenzufassen, daß die Straftat eine Vorbereitung zu sein hätte für den Wiedereintritt des Verurteilten in die Volksgemeinschaft als anständiger Mensch. Der Gefängnisbeamte hätte regen Anteil an dieser Vorbereitung zu nehmen. Redner wandte sich dann der Ausbildung der Beamten und dem Gesundheitswesen in den Strafanstalten zu.

Es sprach ferner der 1. Vorsitzende des Reichsbundes der Aufsichtsbaubeamten in Berlin, Hornig, über die wichtigsten Standesfragen und über die Lehren des neuen Strafvollzuges. In der darauf folgenden Aussprache äußerte sich auch der Freiburger Anstaltsdirektor Alblin zum Problem des

Strafvollzuges. Er betonte vor allem, daß in Baden schon lange vor dem Kriege der Strafvollzug nach einer anderen Methode und im andern Geist ausgeführt wurde, als in den meisten übrigen Bundesstaaten. Die schon im Jahre 1891 erlassene Hausordnung der badischen Justizverwaltung für die Gefangenenanstalten wäre heute noch als musterhaft zu betrachten. Baden sei auch das erste Land, das vor ca. 80 Jahren in Bruchsal das erste Jellengefängnis erbaute, das ein Vorbild für in- und ausländische Strafanstalten geworden sei. Auch heute wäre der Unterschied zwischen badischen und preussischen Strafanstalten sehr groß.

Die deutschen Eisenbahner in Basel

Im Großen Rat des Kantons Basel hat der kommunistische Abgeordnete Rindig eine Anfrage eingebracht, die bemängelt, daß die deutsche Reichsbahn ihre Angestellten jetzt auf deutsches Gebiet überführt. In der Anfrage heißt es, nach dem Vertrag von 1852, Artikel 23, sollten die Bahnarbeiter sowie die übrigen niedrigen Bediensteten auf schweizerischem Gebiet vorzugsweise Schweizer sein. Diese Bestimmung des Vertrages sei aber nur sehr mangelhaft erfüllt worden. Ferner wünschte der Abgeordnete Auskunft darüber, ob der Regierungsrat für Einbürgerungsgehalte badischer Eisenbahner auch jetzt noch die Erlaubnis der Reichsbahngesellschaft für notwendig halte.

Regierungsrat Went erwiderte, daß die Regierung gewillt sei, den Bestimmungen wegen Einstellung von Schweizern Beachtung zu verschaffen. Die Regierung hat verlangt, daß ihr regelmäßig die Zahl der Schweizer mitgeteilt werde. Nach der letzten Mitteilung vom April handelt es sich um 35 Schweizer. Es sei behauptet worden, daß sich zu wenig Schweizer melden wegen ungenügender Anstellungsverhältnisse. Regierungsrat Went betonte weiter, eine zwingende Bestimmung zur Beibehaltung der badischen Eisenbahner in Basel bestünde nicht. Die Regierung werde aber darüber wachen, daß die Bestimmungen des Steuerabkommens erfüllt werden, gemäß dem auch 180 Beamte in Basel belassen werden müssen. Am 1. Januar 1925 wären noch 410 Beamte und Arbeiter in Basel gewesen. Nach Ansicht der Generaldirektion der Reichsbahnen sei eine Kündigung von Eisenbahnern nicht zulässig, die das Schweizer Bürgerrecht erworben, solange die Zahl der schweizerischen Angestellten nicht voll sei.

Der Badische Bäcker-Innungsverband

hielt in Rastatt seinen 23. Verbandstag ab. Der stellvertretende Verbandsvorsitzende konnte bei seiner Bewillkommungsrede auch Vertreter des badischen Landesgewerbeamts, des Kultusministeriums, der Karlsruher Handwerkskammer, den Oberbürgermeister Renner-Rastatt, den Präsidenten des Zentralverbandes deutscher Bäckerinnungen, sowie Vertreter der Zweigverbände Württemberg, Hessen, Rhein-Main-Rheine, Pfalz und Mitteldeutschland sowie badischer Handwerker- und Gewerbevereine begrüßen. Mehrere Vertreter dieser Vereinigungen, der Regierung sowie Oberbürgermeister Renner erwiderten auf die Begrüßungsansprache.

Die Anwesenheitsliste ergab die Teilnahme von 174 Delegierten. Von 62 Innungen waren alle bis auf vier vertreten. Oberregierungsrat Buerius-Karlsruhe, Direktor des Landesgewerbeamts berichtete über die Wirtschaftlichkeit moderner Dampfbacköfen. Dabei sei die Ersparnis des Kohlenverbrauchs von großer Bedeutung. Über Lehrlingsbezugsrate und Jugendfürsorge berichtete Obermeister Rothner-Frozheim. Große Bedeutung komme dem familiären Verhältnis zwischen Lehrern und Lehrlingen zu. — Der Gründung einer Bäcker- und Wohlfahrtskasse wurde nach einem kurzen Referat des Verbandsvorsitzenden und reger Aussprache zugestimmt. Über die Pensionskasse des Verbandes referierte Müller-Berlin. Das aus dem Verbande aufkommende Geld solle innerhalb des Verbandes verbleiben. Das nächste Referat über „Genossenschaftswesen“ erstattete Segauer-Frozheim, der dabei auch die Melchiorierung der Mühlen behandelte. Der nächste Verbandstag soll in Freiburg stattfinden. Vor der Neuwahl des Gesamtvorstandes wurden die Herren Segauer und Walter aus Frozheim zu Ehrenmitgliedern ernannt. Einstimmig wurde darauf der bisherige stellvertretende erste Vorsitzende Schneider-Mannheim zum ersten Vorsitzenden gewählt. Der neue Vorstand besteht nunmehr ferner aus den Herren Häder-Weingarten, Kipp-hahn-Karlsruhe, Rothner-Frozheim, Keller-Konstanz, Sold-Altstätten und Scherer-Freiburg.

In einer Entschließung wird verlangt, mit allen Mitteln dafür einzutreten, daß bei der bevorstehenden Abänderung der notwirtschaftlichen Verordnungen die Preis-schilderverordnung für das Bäckergewerbe nicht mehr aufrechterhalten bleibt. Ebenso wird gegen die beabsichtigte Weiterbeschneidung der Bestimmungen über den sogenannten Leistungswucher und die Ausnahmestellung Einspruch erhoben. Eine andere Entschließung beschäftigt sich mit dem Lehrlingswesen.

Die Forzheimer Schmuckwaren-Industrie im Lichte der Sozialhygiene

Diese Schrift des Prof. Dr. med. Holtmann, Oberregierungsrat und Landesgewerbeamt, welche diese Tage durch das Gewerbeamt veröffentlicht wurde, stellt kurz den Werdegang der Schmuckindustrie in Forzheim dar, wobei besonders auf solche Arbeiten hingewiesen wird, die möglicherweise berufliche Gesundheitschädigungen im Gefolge haben können. Reichliche Verwendung finden manche Gifte, wie Chalkalium, Quecksilber und besonders Salpetersäure. Durch ihren Weitegehalt können Schäden Zula und Email. Besonders Anstrengung erfordert die Bedienung von Fallhämmern und die Handpolitur von Silber. Die mit dem Reinigen der Schmuckstücke verbundenen Entfettung der Haut verursacht Gemebekeime. An die Belüftung der Arbeitsplätze sind hohe Anforderungen zu stellen.

Die Durchmusterung der Listen der Forzheimer Ortskrankenkasse ermöglicht den Vergleich der Gesundheitsverhältnisse in der Schmuckwarenindustrie gegenüber anderen Gewerben der gleichen Gegend. Die Erkrankungsliste namentlich an Tuberkulose ist hoch, was aber weniger mit der Art der Arbeit, als mit den oft überlangen Wegen zur Arbeitsstelle und dem Überwiegen des weiblichen Elements in der Arbeiterschaft zusammenhängt. Eine Mehrbelastung der männlichen Schmuckwarenarbeiter gegenüber den andern in der Krankenkasse verzeichneten Berufszweigen liegt nicht vor, die Arbeiterinnen erkranken mehr, weil die Zahl der Hausfrauen überwiegt, die durch Zusammenreffen von Berufsarbeit und Hauswirtschaft oft überlastet sind.

Tagungen

Der Landesverband der badischen Schreinermeister, einer der größten Handwerkerverbände Badens, hält in den Tagen des 23.-25. Juli ds. Mts. in Karlsruhe seinen 14. Verbandstag ab. Durch festliche Veranstaltungen, die der Verband zusammen mit der Karlsruher Schreinermeisterzweigvereinigung geplant hat, soll der Verbandstag ein besonderes Gepräge erhalten. Ausführliche Programme und Auskünfte durch die Geschäftsstelle des Verbandes in Forzheim.

Die Krankenkasse der Reichs-, Staats- und Gemeindebeamten in Baden (Sitz Karlsruhe) hält am Sonntag, den 26. Juli 1925, vormittags 10 Uhr im Saale des Bad. Beamtenbundes (Rowodanstraße 19) ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Gemeinde-Rundschau

Die Mannheimer Straßenreinigung erfolgt durch 145 Straßenkehrer zum Teil in Verbindung mit Autolehrmaschinen, die nur in den gepflasterten Straßen Verwendung finden können. Die asphaltierten Straßen werden täglich durch eine elektrische Straßenwaschmaschine gewaschen, während die chauffierten Straßen durch die Kebrer gefäubert werden. Die Reinigung der Hauptverkehrsstraßen (Breitestraße, Kunststraße, Klanten und Ring) erfolgt täglich 2 mal, die der verkehrsreichen Straßen täglich 1 mal, und die der übrigen je nach der Lebhaftigkeit des Verkehrs. Trotzdem täglich 2 Autosprengwagen und 3-5 Zweispänner Viehwagen von morgens 6 bis abends 7 Uhr laufen, können die Straßen nicht derart feucht gehalten werden, daß die Staublage ganz beseitigt wird. Eine Anzahl verkehrsreiche, chauffierte und daher besonders Staub bildende, Straßen werden mit Chrommagnesiumlauge besprengt. Hierdurch wird wenigstens für einige Zeit der Staub gebunden. Ein dritter Autosprengwagen wird im Juli in Dienst gestellt werden können.

Verkehrsverband nordbadischer Städte. In der letzten Sitzung des Verkehrsvereins Heidelberg wurde die Gründung eines Zweigverbandes zwischen den Verkehrsvereinen Heidelberg und Mannheim und den mitinteressierten Ortschaften (Schweibingen, Ladenburg usw.) zur besseren Förderung der aktuellen Verkehrsfragen, wie Autostraße, Elektrifizierung der Bahnen angeregt.

Bürgermeisterwahl in Wolfach. Bei der am Montag in Wolfach stattgefundenen Bürgermeisterwahl wurde der Bürgermeister Hammerle von Buchen als Kandidat der bürgerlichen Partei mit 35 Stimmen zum Bürgermeister gewählt. Die Sozialdemokraten gaben 19 Stimmen für den Ratsschreiber Hebel von Billingen ab. Zwei Zettel waren weiß.

Überflüsse der Berliner Straßenbahn. Die Berliner Straßenbahn wird in diesem Jahre 5 Millionen M. als Überschuß für den Etat der Stadt abliefern. Zu dieser Leistung ist die Straßenbahn in der Lage, obwohl sie rd. 50 km. Schienen zu erneuern und neu zu legen hatte und auch die ersten neuen Wagen aus laufenden Einnahmehelfern bezahlt werden mußten. Im vorigen Jahre war der Überschuß der Straßenbahn 3 1/2 Millionen Mark.

Ein städtisches Großkraftwerk für Berlin. Die Stadt Berlin trägt sich mit der Absicht, an der Oberpyre in Mummelsburg ein neues Großkraftwerk mit einer Maschinenleistung von 200 000 Kw zu errichten. Der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats sprachen Direktor Niehmer und Dr. Majeritz von den Berliner städtischen Elektrizitätswerken über die Voraussetzungen und Ansichten des neuen Kraftwerks. Direktor Niehmer berechnete, daß Berlin im Jahre 1932 eine Leistung von etwa 1 Million Kw nötig habe gegenüber einer jetzigen Maximalleistung (einschließlich des Fernstroms) von 360 000 Kw. Nach amerikanischen Erfahrungen empfehle, sich die Anlage eines neuen Kraftwerks innerhalb des Reichsbundes der Stadt selbst. Das an der Oberpyre bei Mummelsburg geplante Großkraftwerk, das ein Anstrich dazu sein soll, müsse baldigst in Angriff genommen und bis zum Winter nächsten Jahres fertiggestellt werden, damit keine Störung in der Elektrizitätsversorgung eintrete.

Aus der Landeshauptstadt

Deutsche Kriegergräber in Flandern. Das Tochterregiment des 1. Badischen Leib-Grenadier-Regiments 109, das im Herbst 1914 hier aufgestellte Inf. Regt. 238 „Karlsruhe“, hat durch den „Volkbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ die Patenschaft über den von ihm vor Langemarck angelegten Friedhof übernommen. Der Friedhof ist in der Hauptsache mit Angehörigen des eigenen Regiments, dann aber auch mit solchen der Inf. Regt. 237, 240 und des Inf. Jäger Btl. 24 belegt. Durch einen vom Volkbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge vermittelten Besuch der Gegend konnte nunmehr festgestellt werden, daß der Friedhof noch am alten Platze, wenn auch in wenig befriedigender Form besteht, und daß die Gräber einfache Kreuze mit kleinen Zinnschildern tragen, auf denen Namen und Grabnummer eingetragen sind. In der Nähe dieses deutschen Friedhofes ist ein großer englischer Sammelfriedhof mit 3000 Gräbern errichtet, der ein Muster englischer Gartenbaukunst darstellt. Er wird von 6 Engländern dauernd gepflegt und jedes Grab hat einen aus England beschafften Denkstein. Hier mußte der Besucher leider feststellen, daß der Vergleich beider Friedhöfe ein niederschmetternder sei. Ein neuer Beweis, daß mit allen Mitteln vorzuziehen werden muß, auch die deutschen Gräber überall in würdigen Zustand zu versetzen zu helfen, um zu zeigen, daß auch unserer in Feindesland ruhenden Gefallenen nicht weniger ehrend gedacht wird, wie der anderer am Kriege beteiligt gewesen Staaten; ein Ziel, für das sich seit Jahren der Volkbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge einsetzt und das zu unterstützen, jedes Deutschen Pflicht ist.

Vorsicht beim Betreten des besetzten Gebietes. Es wird wiederholt und dringend darauf hingewiesen, daß bei Einreisen in das besetzte Gebiet unter allen Umständen ein deutscher Reisepaß oder ein Personalausweis mitzuführen ist. Auch für den Durchgangsverkehr durch das besetzte Gebiet (auch mit der Eisenbahn) gelten diese Vorschriften. Besitzer und Führer von Kraftfahrzeugen werden besonders darauf hingewiesen, daß Führerscheine und Steuerkarten usw. von den französischen Behörden nicht als Ausweispapiere angesehen werden. Zahlreiche französische Beurteilungen zu ganz empfindlichen Geldstrafen fanden auch in neuester Zeit statt.

Falsche Rentenbankscheine. Seit längerer Zeit kommen wie in den Städten der Provinz Brandenburg auch hier falsche Rentenbankscheine zu 10 Rentenmark vor, die von den echten Scheinen erheblich abweichen und bei einiger Aufmerksamkeit sofort zu erkennen sind. Sie sind auf gewöhnlichem Papier hergestellt; das Wasserzeichen ist anscheinend mittels eines fetthaltigen Druckmittels nachgebildet. Der grünliche Stoffauflauf des rechten Schanzendes der echten Scheine ist durch Überlängen mit grüner Farbe, in die dünne Fasern eingestreut sind, nachgeahmt. Die Scheine sind in Beschnitt in der Höhe und Breite etwas kleiner als die echten Scheine. Der Druck der Vorderseite fällt durch Unsauberkeit auf; der Wert „10“ enthaltende Untergrund ist ungenau wiedergegeben; die Beschriftung wirkt säuer und unklar, besonders in den Unterschriften. Auch die Rückseite weicht durch zu rötliche Tönung von den echten Scheinen erheblich ab. Für die erfolgreiche Mitwirkung bei der Ermittlung und Festnahme der Fälscher von Rentenbankscheinen, wogu das Landespolizeiamt Karlsruhe sachdienliche Mitteilungen erbitet, zahlt die Deutsche Rentenbank eine Belohnung bis zu 1 000 Reichsmark.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus: In der am Mittwoch, den 1. Juli stattfindenden Eröffnungsvorstellung kommt die historische Operette aus der Zeit der großen Katharina, „Das Weib in Purpur“ des bekannten Komponisten Jean Gilbert zur Erstaufführung. In den Hauptrollen sind beschäftigt: Die 1. Sängerin Inge van Meer als Gast vom Münchener Theater am Gärtnerplatz, die die Partie der Katharina singt, die Soubretten Wilma von Damaria und Dorrit Reiter, die Tenöre Willi Wahle und Karl Bistorius und die Komiker Domy Czay und Willi Stadler, der auch die Spielleitung inne hat. Dirigent des Werkes ist Kapellmeister Willi Heins.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 29. Juni, 8 Uhr morgens. Die kleinen Tiefdrucke, die schon seit einigen Tagen über Mitteleuropa liegen, haben auch gestern strichweise im Lande schwächere Regen gebracht. Hoher Druck nähert sich jetzt von Westen. Sein Zentrum lagert bei Paris. Es steht daher aufheiterndes wärmeres Wetter bevor. Voraussage für 30. Juni: meist heiter, wärmer.

Kurze Nachrichten aus Baden

Das Orgelbauwesen in den evangelischen Kirchen Badens. Landeskirchenmusikdirektor Dr. Poppen in Heidelberg hat wegen Geschäftsüberhäufung das Amt des Orgelbaukommissärs für das Unterland niedergelegt. In seiner Statt ist vom Oberkirchenrat der Musikassistent am Musikwissenschaftlichen Seminar der Universität Dr. Walter Reib in Heidelberg, der schon bisher die Angelegenheiten des Orgelbauwesens bei dem Orgelbaukommissariat bearbeitet hat, zum Orgelbaukommissar für den unteren Landesteil bestellt worden.

23. Mannheim, 26. Juni. Vor einem Neubau im 3. 6 sammeln sich streikende Bauhandwerker an. Zur Aufrechterhaltung des Verkehrs und zwecks ungehinderten Abzugs der Arbeitswilligen, mußten einzelne Straßenzüge abgesperrt werden. Gegen 5.15 nachm., nachdem sich die Arbeitswilligen mittels Lastkraftwagen entfernt hatten, wollten die Mautepoliere ihren Heimweg antreten. Die Menge beschimpfte sie. Ein 25 Jahre alter Schlosser, der seit 1 Uhr mittags vor der Kaufstelle gestanden hatte, schob sein Fahrrad einem Polter zwischen die Beine, um ihn zu Fall zu bringen. Gegen die eingreifende Polizeistreife ging die Menge drohend vor und wollte in die Kaufstelle eindringen. Die Polizeibeamten mußten von ihren Gummiknüppeln Gebrauch machen. Die Poltere wehrten sich mit Bistellstiefeln. Hierbei wurde ein 18 Jahre alter Schülerlehrling am Hinterkopf getroffen. Die herbeigeeilte polizeiliche Verstärkung zerstreute die Ansammlung.

23. Wörsbach (Amt Durlach), 27. Juni. Der Mörder des Waldhütters Raible ist in der vorigen Nacht in dem benachbarten Wörsingen festgenommen worden, als er dort in einer Wirtschaft Nachtquartier suchte. Der Täter Martin Schneider, ist ein 20 jähriger Bursche aus Wörsbach, der schon seit seiner Schulentlassung die Gegend unsicher machte und zahlreiche Diebstähle verübt hat. Vor kurzem ist er aus der Zwangsarbeitsanstalt Flehingen entwichen und hat sich dann stehend und plündernd in der hiesigen Gegend herumgetrieben, wobei ihm in einer Hütte im Wald ein Revolver in die Hände fiel, mit dem er die Tat ausgeführt hat. Man nimmt an, daß ihm der ermordete Waldhüter Raible auf der Spur ge-

wesen ist und daß Schneider ihn aus dem Hinterhalt erschossen hat. Eine Kugel hat die Leber Raibles durchbohrt und war unbedingt tödlich; eine zweite Kugel hat den Arm durchbohrt. Der Erschossene konnte noch aus dem Wald herauspringen und in der Nachbarschaft weisenden Leuten zurufen, daß Schneider ihn geschossen habe; dann brach er zusammen und starb gleich darauf. Der Wächtermeister von Weingarten, der in der Nähe weilte, nahm alsbald die Verfolgung auf, die aber durch den einsehenden Pfahrgren erschwert wurde. Der Ermordete hinterläßt Frau und 6 Kinder.

23. Wallraf bei Wiesloch, 29. Juni. Vor einiger Zeit war von kommunistischer Seite bei der Staatsanwaltschaft Heidelberg gegen den hiesigen Bürgermeister wegen angeblicher Unterschlagung von Arbeitslosenunterstützungsgeldern Anzeige erstattet worden. — Wie die „Wieslocher Zeitung“ mitteilt, führte die gerichtliche Untersuchung zu dem Ergebnis, daß sich die Annahme einer solchen Unterschlagung als vollständig irrig erwiesen hat. Wichtig ist, daß die Landesbehörde seinerzeit nicht zur Auszahlung kam; doch daran sei nicht der Bürgermeister, sondern, wie die Staatsanwaltschaft festgestellt habe, ein städtischer Beamter schuld.

23. Willingen, 29. Juni. Der Bürgermeister von Willingen, Lehmann, wurde als zweiter Vorsitzender des Reichsfortwirtschaftsrates vom Reichspräsidenten empfangen. — Wie das „Willingener Volksblatt“ erzählt, unterhielt sich v. Hindenburg in der einfindigen Audienz sehr lebhaft und erkundigte sich eingehend über die Verhältnisse Badens und des Schwarzwaldes. Seine Abschiedsworte waren: „Grüßen Sie mit Baden.“

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	29. Juni		28. Juni	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.19	168.61	168.26	168.63
Kopenhagen 100 Kr.	82.70	82.90	82.53	82.73
Italien . . . 100 L.	14.86	14.90	15.25	15.29
London . . . 1 Pf.	20.391	20.443	20.360	20.906
Newyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	19.26	19.30	19.31	19.55
Schweiz . . . 100 Fr.	81.43	81.63	81.47	81.67
Wien 100 Schilling	59.054	59.194	59.054	59.194
Wrag . . . 100 Kr.	12.43	12.47	12.434	12.437

Bad. Baubund. Anlässlich der 7. ordentl. Gesellschafterversammlung des Bad. Baubundes G. m. b. H. in Karlsruhe, die am 19. Juni 1925 im Sitzungszimmer der Rhein. Creditbank, Filiale Karlsruhe stattfand, wurde das Papiermarkstammkapital von 1 835 000 auf Goldmark 18 280 zusammengelegt und die notarielle Beurkundung der Zusammenlegung vorgenommen. — Zugleich wurde einstimmig beschlossen, das Gesellschaftskapital des Bad. Baubundes um 800 000 M. zu erhöhen. — Aus den vorgelegten, erläuterten Geschäftsberichten konnte nachgewiesen werden, daß der Geschäftsgang im Jahre 1925 in der Abteilung Hausstatbeschaffung, sowie in der Abt. Wohnungsfürsorge als ein sehr guter angebrochen werden kann. — Es wurde nachgewiesen, daß den bad. Erzeugern durch die Betätigungstätigkeit des Bad. Baubundes für das Jahr 1925 für über 3 Millionen M. lohnender Erwerb geschaffen wird, ein schlagender Beweis dafür, daß der Bad. Baubund

im wahren Sinne ein Förderer des badischen Handwerks und der badischen Industrie ist. — In den Ausschüssen des Bad. Baubundes wurden neu hinzugewählt: Präsident Dr. Engler, Karlsruhe und Karl Bauer, Geschäftsführer des badischen Handwerksammerlages u. Handwerktages. — Die vorgelegte Jahresbilanz wurde genehmigt und dem Ausschussrat einstimmig Entlastung erteilt.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Das Portugiesische Konsulat in Karlsruhe.
Herr Louis R. Stern in Karlsruhe ist zum portugiesischen Konsul in Karlsruhe ernannt worden. Nachdem ihm namens des Reichs das Exequatur erteilt worden ist, wird er zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in seinem Amtsbezirk, der die Landeskommissariatsbezirke Karlsruhe, Freiburg und Konstanz umfaßt, hiermit zugelassen.
Karlsruhe, den 29. Juni 1925.
Badisches Staatsministerium
Dr. Hellpach

Bekanntmachung
Die dem „Jungbrunnen“ Gemeinnützige Vereinigung im Dienste der Volkserneuerung e. V. Karlsruhe, Sofienstr. 23, auf Grund der Bundesratsverordnung über Wohlfahrtspflege vom 15. Februar 1917 (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) in widerruflicher Weise gemäß Erlaß vom 20. April 1925 Nr. 30067 erteilte Erlaubnis, bis zum 30. Juni 1925 in den Städten Mannheim, Freiburg, Bruchsal, Karlsruhe und Forstheim durch Zeitungsaufrufe, Werbefreien und persönliche Werbung bei Freunden und Gönnern seiner Bestrebungen eine Sammlung zugunsten der Errichtung eines Mädchenwaisen- und Erziehungshomes in Ebersheimburg zu veranstalten, wird bis zum 15. August 1925 verlängert und gleichzeitig auf die Stadt Heidelberg ausgedehnt.
Karlsruhe, den 25. Juni 1925.
Der Minister des Innern
Remmle

Bekanntmachung
Dem Apotheker Oskar Pfeiffer in Ettlingen wurde die persönliche Berechtigung zum Betrieb einer neu zu errichtenden Apotheke in Baden-Baden verliehen.
Karlsruhe, den 29. Juni 1925.
Der Minister des Innern
Remmle

Infolge Früherlegung der Ferien in der Pfalz verkehrt der für 15. Juli vorgehene gemeinsame Sommersonderzug Kaiserslautern—München, zu dem Karten in Mannheim, Heidelberg, Bruchsal, Karlsruhe und Forstheim verkauft werden, bereits am 11. Juli.
Ferner ist ein neuer Sommersonderzug Ludwigshafen (Rhein)—München am 10. Juli eingelegt worden. Die Reisenden aus Baden werden zweckmäßig diesen Zug benutzen, weil der Sonderzug am 11. Juli hauptsächlich für die Pfälzer Reisenden bestimmt ist und Karten zu diesem Zug bei unfernen Stationen nur in beschränkter Zahl auflegen.

Wörsbach, 23. Juni. Handelsregister A Bd. I Nr. 131 E. 261 ist bei der Firma Eugen Wörscher, Wörsbach, eingetragen. Die Firma ist erloschen.

Wörsbach, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 24. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Radolfzell, 22. Juni 1925. Handelsregister-Eintrag A Bd. II O.-Z. 141: Firma Paul Gläser Import und Export in Singen a. S.; Inhaber Paul Gläser, Kaufmann in Singen. Angegebener Geschäftszweig: Import von Delikatessen und Export von Kurz-, Glas- und Spielwaren im Großen.
Radolfzell, 22. Juni 1925. Bad. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.
Kapital 19 500 M. Geschäftsführer: Martin Jausch, Uhrenfabrikant, Erich Wiberfeld, Kaufmann, beide in Willingen. Gesellschaftsvertrag vom 25. Mai 1925. Zeitdauer der Gesellschaft wird durch zwei Geschäftsführer gemeinschaftlich, oder, solange Erich Wiberfeld Geschäftsführer ist, durch ihn und einen Prokuristen vertreten.
Eugen Mezmaier, Kaufmann in Willingen, hat Prokura. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Deutschen Reichsanzeiger.
Willingen, 20. Juni 1925. Amtsgericht.

Von der Reise zurück
Emil Kimmich
staatlich geprüfter Dentist
Leopoldstraße 2b Telephone 2819

Einladung zur Landesversammlung des Bad. Krüppelfürsorgevereins
auf Samstag, den 4. Juli 1925, nachmittags 1/4 Uhr, in der Orthopädischen Klinik Heidelberg, Borort Schlierbach. (Abfahrt der elektrischen Straßenbahn am Karlsrufer 3. Uhr.)
Tagesordnung:
1. Jahresbericht.
2. Kassenbericht.
3. Anträge (solche bitten wir spätestens 5 Tage vor der Versammlung in der Geschäftsstelle anzumelden).
4. Die fassungsgemäß erforderliche Neuwahl des Vorstandes.
1/5 Uhr: Vortrag: Die Erfolge in der Krüppelbehandlung (mit Vorführungen). Vortragender: Herr Prof. Dr. von Vaeber.
Vormittags 11 Uhr findet eine Führung durch das Landeskrüppelheim, Hochbacherstraße 149, statt. Abfahrt der elektrischen Straßenbahn am Bahnhof 10¹⁵ Uhr.
Der Vorstand.

Das Materialamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe verleiht gegen Vorzahlung von 1. Juli 1925 und unanbringliche Frachtpflicht, darunter Herren- und Damenuhren, gold. Armreif, 3 Herrenfahräder, 2 Paar Schneeschuhe, 2 Stoffjäger für Auto, 24 Milchkannen, Fahrradstiel, sowie ein verstellbarer neuer Kranenheber mit Segeltuchhängematte am 30. Juni, 1. und 3. Juli 1925, vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend in dem Versteigerungsraum Karlsruhe Hauptbahnhof (Eingang Magauerbahnhof) Die besonders genannten Gegenstände werden am 30. Juni von 10 Uhr vormittags an ausbezogen.

Badisches Landestheater
Dienstag, den 30. Juni 1925
A 27
Hänsel und Gretel
Märchenoper in 2 Akten (3 Bildern) von Adelheid Wette
Musik von C. Humperdinck
Musikal. Leitung: W. Schweppe
Spielleitung: C. Stang
Personen:
Peter: Metzger
Gretel: Wenzel
Hänsel: Stecher
Gretel: Hoff
Knecht Rupke: Josef Tomisch
Saubmännchen von Hänsel: Zaumännchen: Goebel
Heraus:
Brüderlein fein
Alt-Wiener Singspiel in einem Akt von Jul. Wilhelm
Musik von Leo Fall
Musikal. Leitung: W. Schweppe
Reueinstudiert u. neuinszeniert von Albert Peters
Personen:
Josef Drechsler: Peters
Tonp: Stecher
Gertrud: Hoffmann-Becker
Anfang 7^{1/2} Ende 10
Spezial I 7.—



Kostenlose Einlösung unserer Schecks bei unseren sämtlichen Niederlassungen u. denjenigen der Deutschen Bank
Akreditive und Kreditbriefe auf alle Plätze
An- und Verkauf von fremden Geldsorten

Rheinische Creditbank Filiale Karlsruhe
mit Depositenkasse am Bahnhofplatz und Niederlassung in Mühlburg.